



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

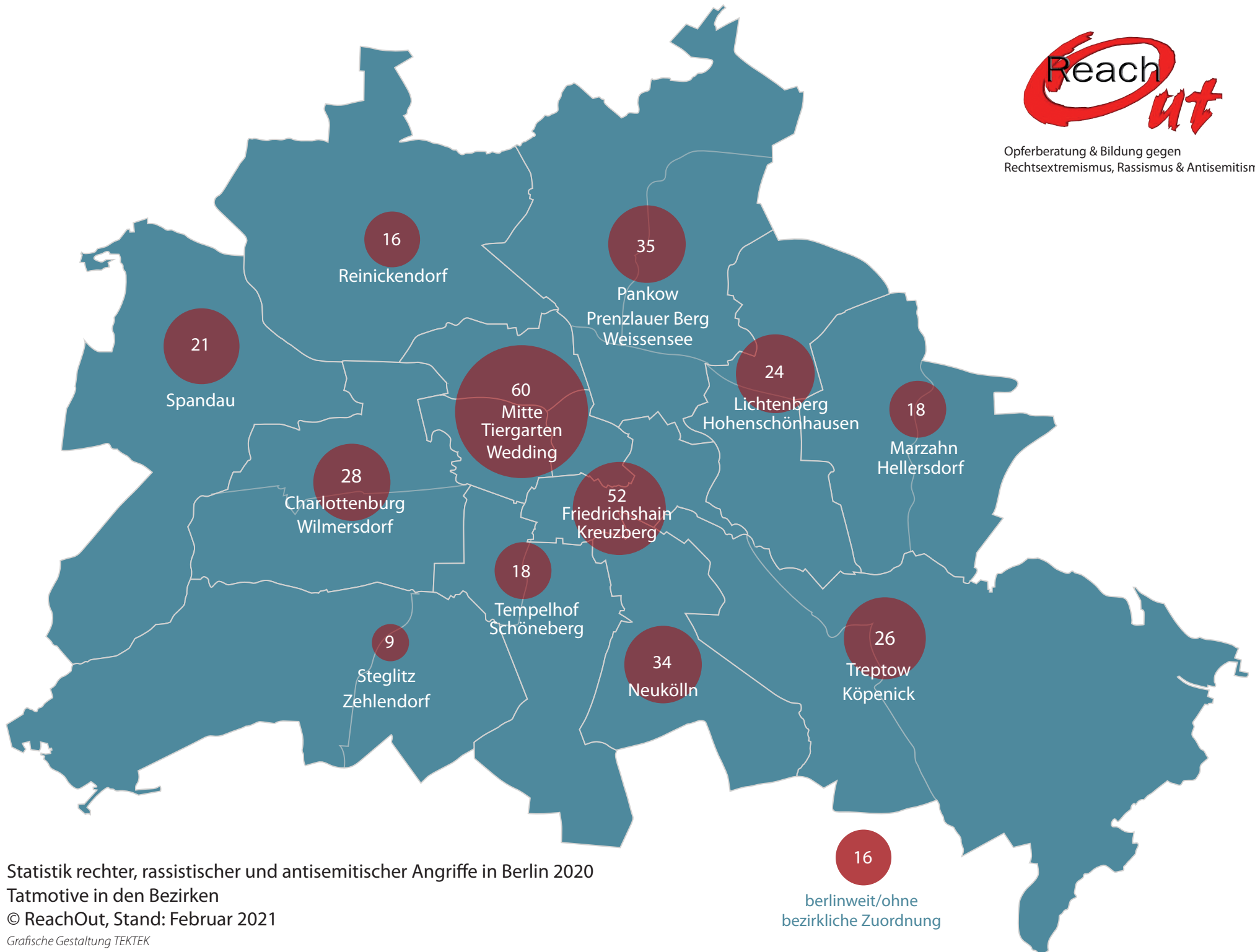
Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Pressemappe

zur Pressekonferenz am 9. März 2021

Rassistische, rechte und antisemitische Angriffe in Berlin 2020

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Statistik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin 2020

Tatmotive in den Bezirken

© ReachOut, Stand: Februar 2021

Grafische Gestaltung TEKTEK



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Sperrfrist: 9. März 2021, 11:00

Pressemitteilung

Fast täglich werden in Berlin extrem rechte, rassistische und antisemitische Angriffe begangen. Rassismus ist das häufigste Motiv.

Trotz Pandemie und Lockdown dokumentiert ReachOut 357 Taten.

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet mit 357 Angriffen für das Jahr 2020 leider nur einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. 2019 musste ReachOut 390 Angriffe und damit die höchsten Zahlen seit Bestehen des Projektes bekannt geben.

Mindestens 493 Menschen wurden im vergangenen Jahr verletzt und bedroht.

Berlin, 9. März 2021

Insgesamt erfasst ReachOut **357 Angriffe für das Jahr 2020** (2019: 390). Mindestens 493 (2019: 509) Menschen werden verletzt, gejagt und massiv bedroht. Darunter sind 37 Kinder und 28 Jugendliche. Dazu mussten 15 Kinder miterleben, wie ihre Angehörigen oder Freund*innen geschlagen, getreten und gestoßen wurden.

“Wir hatten für das Jahr 2020 damit gerechnet, dass die Angriffe deutlich nachlassen”, so Sabine Seyb, von ReachOut. “Schon aufgrund der Pandemie und der Tatsache, dass sich weniger Menschen im öffentlichen Raum bewegen und aufhalten, sind wir nicht von einer so hohen Zahl von Angriffen ausgegangen”, so Sabine Seyb weiter.

Auch 20 Jahre nach der Gründung von ReachOut zeigt sich leider, dass sowohl die Beratung und Unterstützung der Betroffenen als auch das berlinweite Monitoring notwendig bleiben. Aufgrund der hohen Angriffs- und der steigenden Beratungsanfragen, muss das fachspezifische Angebot von ReachOut ausgebaut werden.

Mit 196 Taten sind fast 55% der Angriffe rassistisch motiviert (2019: 219 von 390).

Von den insgesamt 196 rassistisch motivierten Taten wissen wir, dass mindestens 20 Angriffe antimuslimisch motiviert sind, sich 31 gegen Schwarze Menschen und 5 gegen Sinti und Roma richten.

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

Am 13. Juni wird in Kreuzberg ein Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes ist, in der U-Bahnlinie 7 von einem Unbekannten aufgrund antiziganistischer und homophober Motivation bedroht. Der Unbekannte hindert die beiden Männer am Aussteigen und schlägt dem Mann verschiedene Dinge aus der Hand. Auf dem U-Bahnhof Yorckstraße versucht der Angreifer ihn zu schlagen und mit einer Zigarette zu verbrennen. Die beiden Männer werden bis in eine Bar, in die sie sich flüchten, verfolgt. Später erstattet der Mann Anzeige bei der Polizei.

93 Taten wurden aus **LGBTIQ*-feindlichen Motiven** begangen (2019: 105). **Die antisemitischen Gewalttaten** sind mit **28** nahezu gleich geblieben (2019: 31). Die Zahl der Attacken und massiven Bedrohungen **gegen politische Gegner*innen** sind ebenfalls gleich geblieben. Gegen sie richteten sich **18 Angriffe** (2019: 17). Zudem erfuhr ReachOut von **13** Bedrohungen und Angriffen **gegen Journalist*innen**.

Bei den meisten Angriffen handelt es sich um **Körperverletzungen (179)**, **gefährliche Körperverletzungen (118)** und **massive Bedrohungen (53)**. Zudem mussten wir eine schwere Körperverletzung dokumentieren:

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto: 3244801, BLZ: 100 205 00



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

In der Nacht des 7.1.2020 wird einem 45-jährigen wohnungslosen Mann, der im Vorraum einer Bankfiliale in der Otto-Suhr-Allee schläft, das Hosenbein angezündet. Der Mann erleidet schwere Brandverletzungen.

Die meisten Angriffe finden in den innerstädtischen Bezirken statt.

Im Bezirk Mitte (mit den Stadtteilen Mitte: 28, Wedding: 20 und Tiergarten: 12) finden insgesamt **60** (2019: 97) und somit stadtweit die meisten Angriffe statt. Hier ist gleichzeitig der stärkste Rückgang der Angriffe zu beobachten. Die häufigsten Tatmotive sind dort: Rassismus mit 33 Angriffen und LGBTIQ*-Feindlichkeit mit 19 Taten.

In **Neukölln** dokumentiert ReachOut **34** (2019: 56) Angriffe. **Häufigste Motive: Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit (je 15).**

Die meisten Gewalttaten in **Kreuzberg (17 von 30) und Schöneberg (7 von 13)** und richten sich ebenfalls **gegen die sexuelle Identität oder Orientierung der Betroffenen.**

Weitere Angriffsschwerpunkte dokumentieren wir in den Stadtteilen **Charlottenburg (25), Friedrichshain (22), Spandau (21), Prenzlauer Berg** und **Hohenschönhausen (je 17), Reinickendorf (16) Treptow und Marzahn (je 15).**

Wir haben von **17 massiven Bedrohungen im Internet** erfahren. Es handelt sich meistens um Todesdrohungen gegen Journalist*innen und Politiker*innen.

155 Angriffe werden auf Straßen und Plätzen verübt (2019: 136). **An Haltestellen, Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln geschehen 78 Gewalttaten und Bedrohungen** (2019: 111).

Trotz des leichten Rückgangs der Angriffszahlen sind die Taten **im direkten Wohnumfeld mit 32 Angriffen** gleich hoch geblieben.

Die Angriffe, die Betroffene in ihrem direkten Wohnumfeld erleiden, sind so besorgniserregend, weil es sich für die Betroffenen um einen geschützten Raum handeln sollte. Einem Angriff voraus gehen häufig wiederholte Beleidigungen und andere Einschüchterungs- und Verdrängungsversuche. Es handelt sich bei den Täter*innen meistens um Nachbar*innen. Sie sind einfach zu identifizieren und gehen offenbar davon aus, keine Konsequenzen für ihr Handeln fürchten zu müssen.

So wird am 7. August in Tempelhof ein Mann von einem Nachbarn in der Hilbertstraße im Treppenhaus eines Mietshauses rassistisch motiviert beleidigt und geschlagen.

Sabine Seyb zur Entwicklung der Angriffszahlen: Das Team von ReachOut ist beunruhigt über die Höhe der Angriffszahlen trotz der Pandemie und der beiden Lockdowns. Obwohl im vergangenen Jahr sichtbar weniger Menschen in der Stadt unterwegs waren, ausgehen konnten und die öffentlichen Verkehrsmittel weniger genutzt wurden, geschahen so viele brutale Angriffe. Dies deutet darauf hin, dass die Aggressivität und die Enttabuisierung bezüglich der Gewalt auf ausgegrenzte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen weiter zunimmt.

2020 wurde deutlich, wie die Berichterstattung über die Pandemie, die häufig illustriert wurde mit Fotos von asiatisch gelesenen Menschen, die politischen Debatten und die Beleidigungen und Angriffe, die aufgrund von anti-asiatischem Rassismus verübt wurden, ineinander greifen. Institutioneller Rassismus und rassistisch geprägte Debatten tragen dazu



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bei, dass täglich rassistische Gewalt geschieht. Die Täter*innen fühlen sich in ihrem Handeln bestärkt und ermutigt.

*Am 29.2. sitzen sieben Personen, unter ihnen befinden sich auch Menschen, die asiatisch gelesen werden, gemeinsam in einem Café in der Kopenhagener Straße (Prenzlauer Berg). Sie werden aus einer anderen Gruppe heraus aus rassistischer Motivation mit einem Corona-Bezug beleidigt und bedroht. Die Angreifer*innen versuchen, eine der Personen zu schlagen. Sie kann dem Angriff ausweichen.*

Die antimuslimisch motivierten Morde in Hanau hatten keinen ausschlaggebenden Wendepunkt in der Politik zur Folge. Die Mechanismen sind immer wieder gleich. Auf erste Betroffenheitsbekundungen und Versprechungen der politisch Verantwortlichen, folgt ein Zurück zur Routine.

ReachOut fordert einen Stopp von öffentlichkeitswirksamen Razzien gegen Shisha-Bars. Diese werden von den Täter*innen als Hinweisreize verstanden. Auch das hat Hanau gelehrt.

Es muss endlich eine langfristige Beschäftigung mit möglichen Handlungsstrategien im Berliner Abgeordnetenhaus geben, die jede Form von Rassismus auf allen Ebenen berücksichtigt. Insbesondere sollte der institutionelle Rassismus dabei in den Blick genommen werden, so die Forderung von ReachOut. Bei der Entwicklung solcher Handlungsstrategien und deren Umsetzung ist die Einbeziehung von Initiativen und Vereinen aus den Communities die wichtigste Voraussetzung.

Schließlich: Es gab auch 2020 keine Fortschritte bei der Aufklärung der Straftaten im Zusammenhang mit dem Neuköllnkomplex.

ReachOut zitiert an dieser Stelle aus dem offenen Brief der Initiative BASTA. Sie kritisieren die Ergebnisse des Zwischenberichtes der Kommission zur Überprüfung der bisherigen Ermittlungsmaßnahmen zur Aufklärung der rechtsmotivierten Straftatenserie in Neukölln vom 21.02.2021:

"Der Zwischenbericht vom 21.02.2021 ist ein Schlag ins Gesicht für Engagierte, Geschädigte, Initiativen und die Presse. Er sagt uns, NAZIS haben nichts zu befürchten; Engagement gegen rechten Terror lohnt sich nicht. Unser Anliegen wird nicht ernst genommen – oder anders gesagt, es gibt dieses Anliegen gar nicht. (...)"

Der Kritik von BASTA schließt sich ReachOut an.

Weitere Einzelheiten zu den Angriffszahlen entnehmen Sie bitte der Pressemappe, den darin enthaltenen Grafiken und der Tabelle "Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin". In der Tabelle geben wir einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten 10 Jahre. Zudem finden Sie in der Pressemappe das Handout von Toan Nguyen zu antiasiatischem Rassismus und den offenen Brief der Initiative „BASTA“.

Für Rückfragen und Interviews stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sabine Seyb

Tel.: 030-695 68 339, Mobil: 0170-4265020

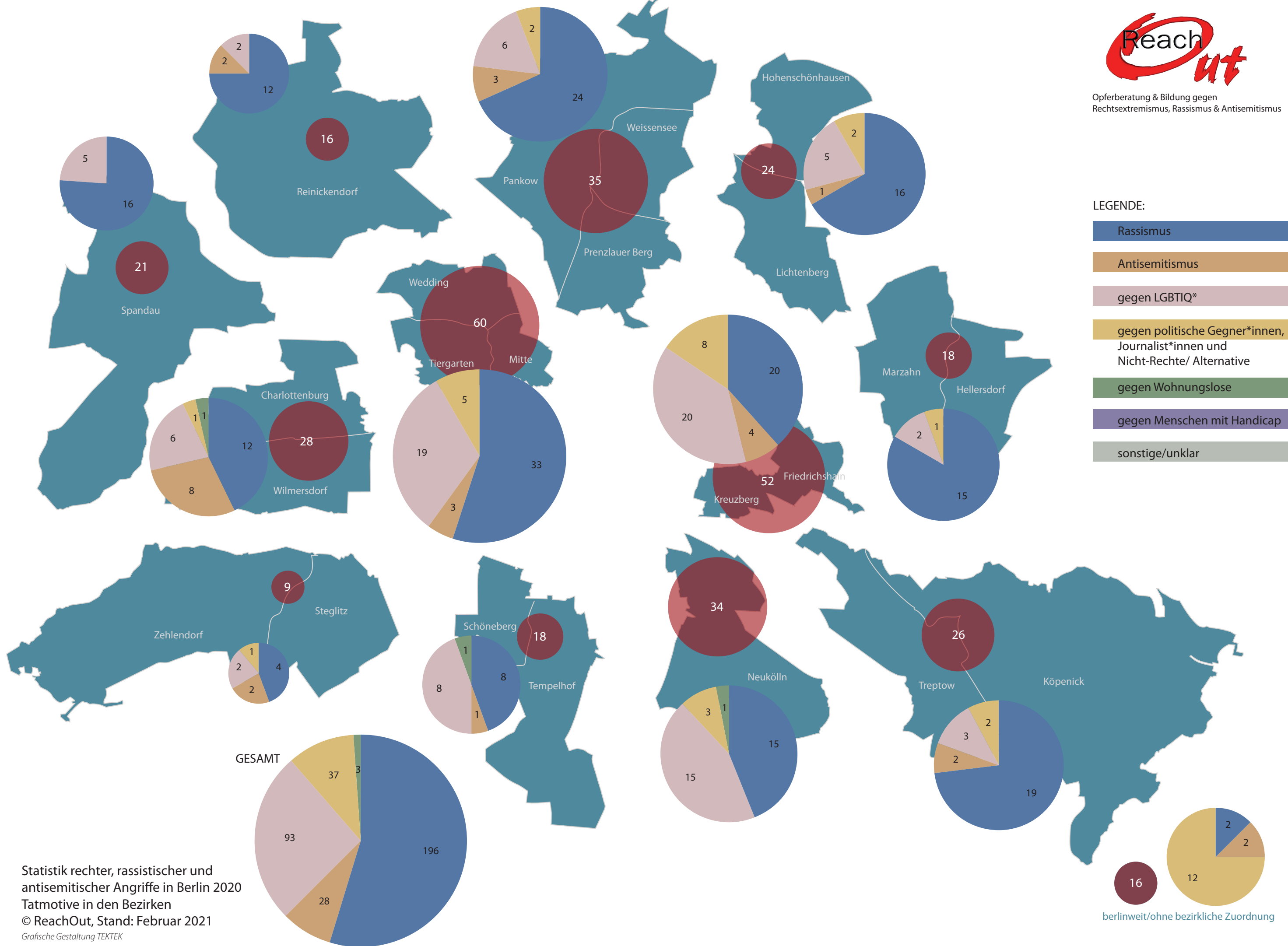


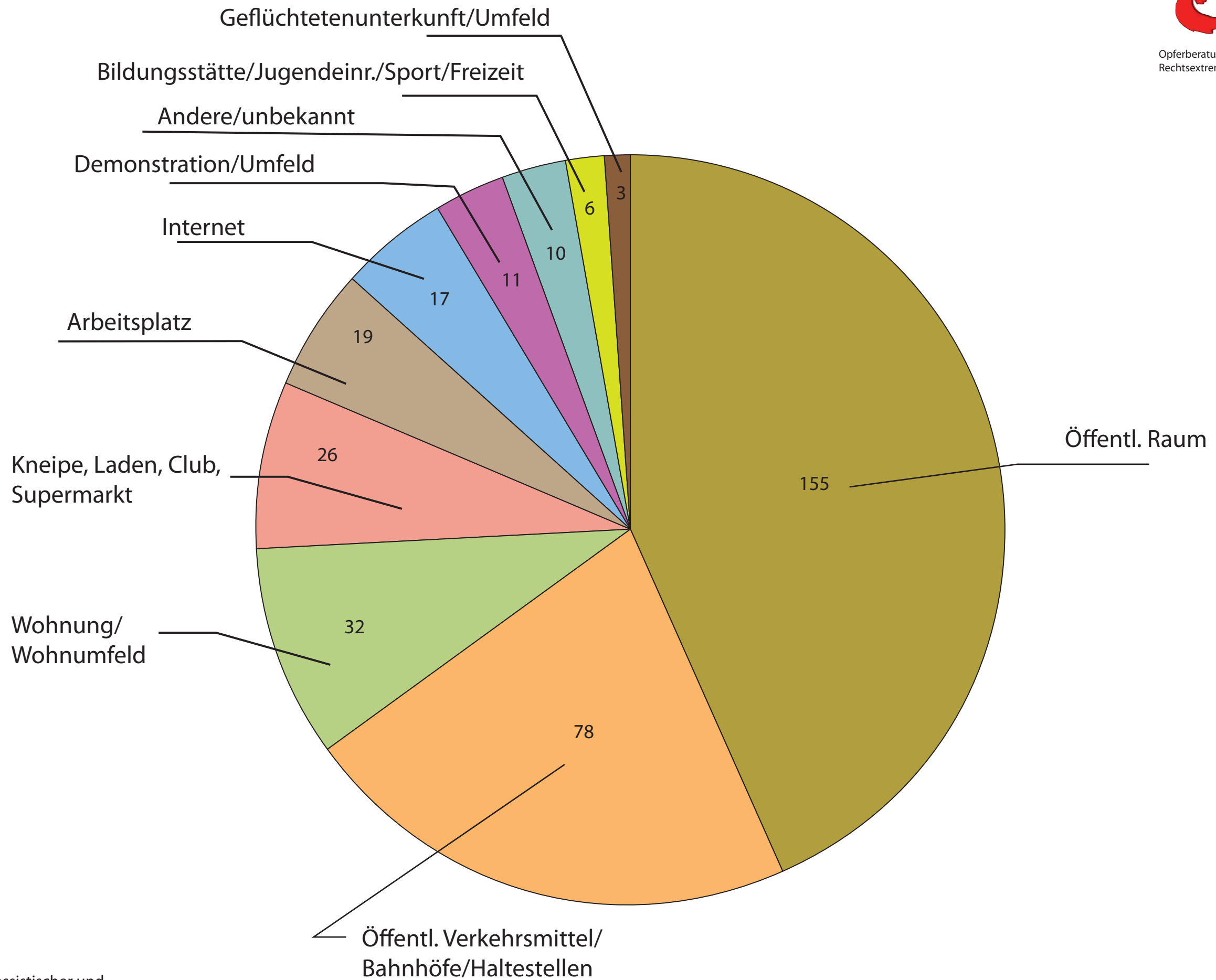
Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2010-2020

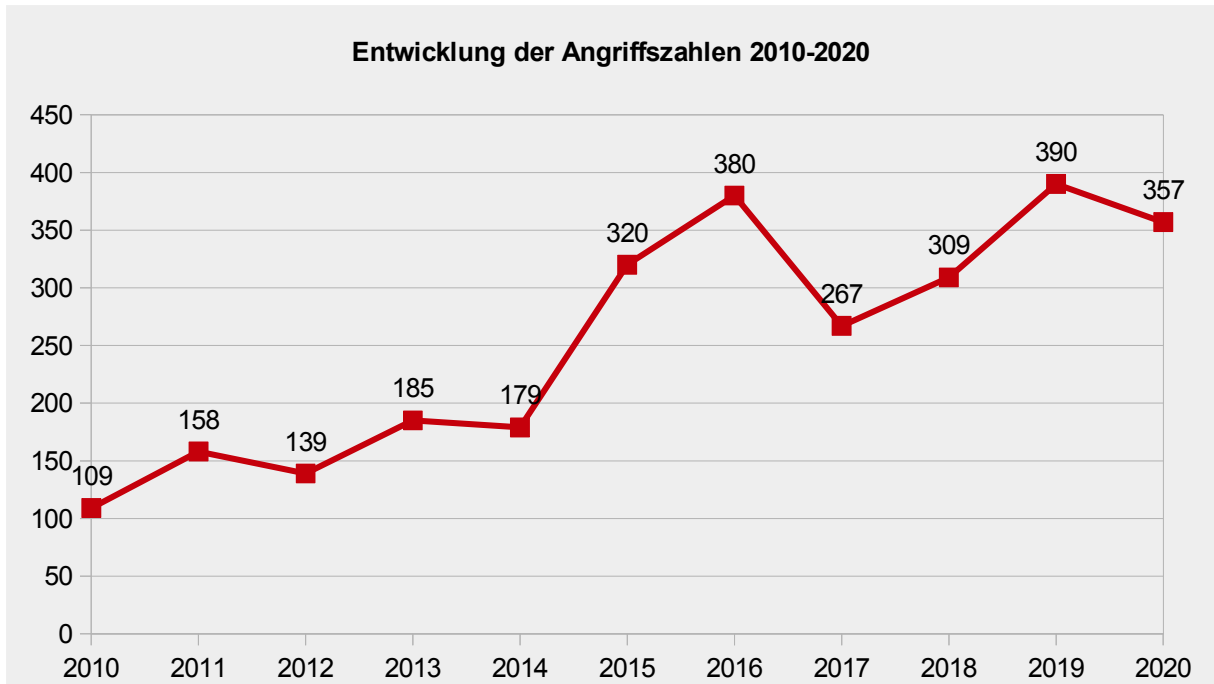
Stand: 1.3.2021 - Sperrfrist: Dienstag, 9. März 2021, 11:00 Uhr

ReachOut berät Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung und veröffentlicht jährlich die recherchierten Angriffszahlen. Nicht gezählt werden Propagandadelikte, Beleidigungen, Diskriminierungen und Sachbeschädigungen, wenn keine Personen dabei gefährdet oder direkt bedroht sind. Differenzen zu polizeilichen Angaben ergeben sich durch unterschiedliche Einschätzungen der Tathintergründe. Außerdem erfährt ReachOut von Fällen, die nicht angezeigt werden. Die Vergleichszahlen aus den Vorjahren geben den Stand Ende Februar/Anfang März des jeweiligen Jahres wieder.

© ReachOut 2020	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Angriffe in den Berliner Bezirken											
Charlottenburg	5	6	12	10	12	17	19	16	18	11	25
Wilmerdorf	1	2	1	3	4	5	7	2	6	6	3
Friedrichshain	16	16	15	14	10	13	16	18	20	23	22
Kreuzberg	10	17	6	15	16	12	24	14	19	30	30
Lichtenberg	8	16	5	13	8	13	20	13	15	20	17
Hohenschönhausen	1	2	1	7	3	10	9	4	7	8	7
Marzahn	4	1	2	7	5	47	32	15	10	10	15
Hellersdorf	4	0	1	16	15	24	18	9	5	5	3
Mitte	12	12	12	8	24	21	27	19	35	45	28
Wedding	7	13	9	12	8	16	14	26	14	30	20
Tiergarten	0	2	6	4	8	23	27	15	13	22	12
Pankow	2	1	1	9	12	13	11	4	6	12	13
Prenzlauer Berg	2	10	8	11	4	13	14	6	12	10	17
Weissensee	3	4	3	1	0	8	3	2	7	5	5
Neukölln	15	15	22	11	15	19	38	36	43	56	34
Reinickendorf	2	7	5	4	4	9	12	10	13	10	16
Tempelhof	1	2	2	0	5	3	7	3	5	8	5
Schöneberg	4	8	8	13	9	18	14	15	11	24	13
Treptow	4	7	12	12	2	9	17	14	20	15	15
Köpenick	3	9	3	8	9	13	16	8	10	17	11
Spandau	3	2	2	5	3	6	13	9	11	9	21
Steglitz	0	4	1	1	2	4	11	3	6	7	6
Zehlendorf	2	2	2	1	1	1	4	2	2	3	3
Berlin (Internet, ohne Zuordnung)	-	-	-	-	-	3	7	4	1	4	16
Gesamt	109	158	139	185	179	320	380	267	309	390	357
Tatmotiv											
Rassismus	57	70	68	87	100	175	233	140	167	219	196
Antisemitismus	8	5	6	8	18	25	31	13	44	31	28
Gegen LGBTIQ*	10	32	30	44	22	43	70	67	63	105	93
Gegen Menschen mit Handicaps	1	0	3	4	2	1	2	2	2	3	-
Gegen sozial Benachteiligte/ Wohnungslose	0	4	3	3	0	3	2	2	8	10	3
Gegen politische Gegner*innen	20	32	15	27	31	59	32	40	23	17	18
Gegen Nichtrechte, Alternative	10	9	12	9	6	2	3	0	-	2	1
Gegen Journalist*innen	-	-	-	-	-	10	2	1	-	2	13
Gegen Politiker*innen	-	-	-	-	-	2	1	1	-	0	5
Sonstige/Unklar	3	6	2	3	0	0	4	1	2	1	-
Gesamt	109	158	139	185	179	320	380	267	309	390	357
Angriffsort											
Öffentlicher Raum	58	80	69	121	107	120	135	114	139	136	155
Geflüchtetenunterkunft/Umfeld	-	-	-	-	-	43	41	9	12	2	3
Öffentliche Verkehrsmittel/ Bahnhof/Haltestelle	27	40	34	42	37	65	87	61	62	111	78
Demonstration/Umfeld	-	-	-	-	-	35	14	6	16	6	11
Arbeitsplatz	1	9	9	8	10	8	16	9	16	29	19
Wohnung und Wohnumfeld	14	13	17	6	18	16	38	32	23	33	32
Kneipe, Laden, Supermarkt etc.	6	14	9	8	7	15	22	18	28	43	26
Bildungsstätte, Jugendeinr., Sport	3	2	1	0	0	6	9	7	7	16	6
Behörden	-	-	-	-	-	5	4	0	1	-	-
Räume pol. Org./Parteien	-	-	-	-	-	3	3	2	1	1	-
Internet	-	-	-	-	-	4	7	4	1	3	17
Sonstige/Unklar	-	-	-	-	-	-	4	5	3	10	10
Gesamt	109	158	139	185	179	320	380	267	309	390	357

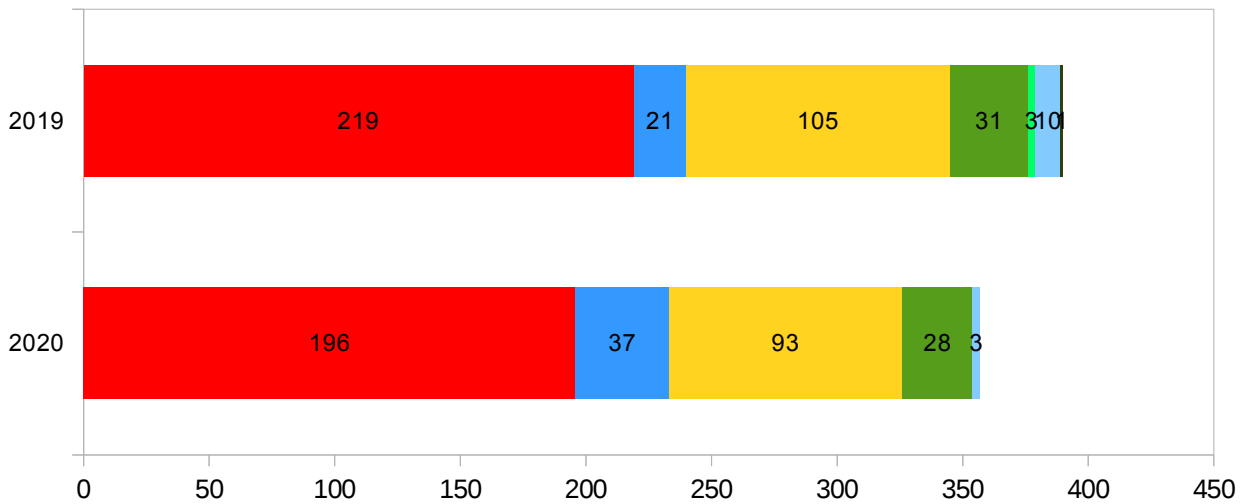






Tatmotive 2019/2020 im Vergleich

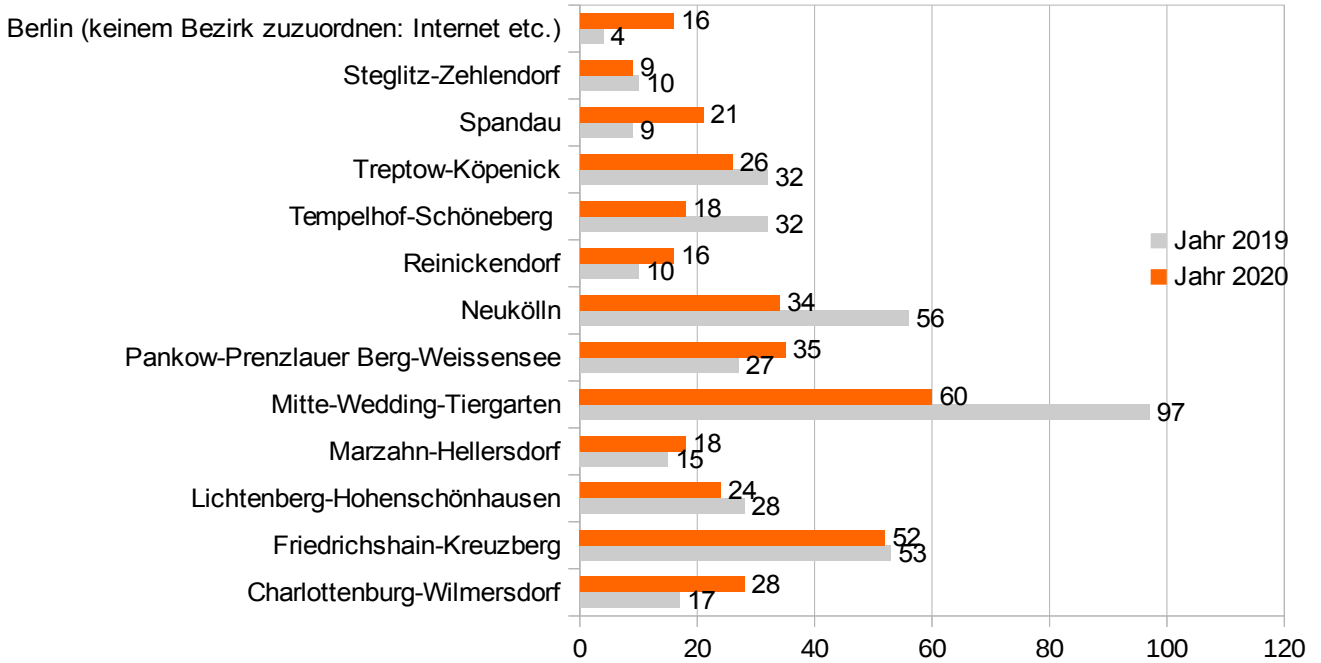
2019: 390 Angriffe/ 2020: 357 Angriffe



- Sonstige/Unklar
- gegen Wohnungslose
- gegen Menschen mit Handicap
- Antisemitismus
- Gegen LGBTIQ*
- gegen politische Gegner*innen, Journalist*innen, Nicht-Rechte, politische Verantwortungsträger*innen
- Rassismus

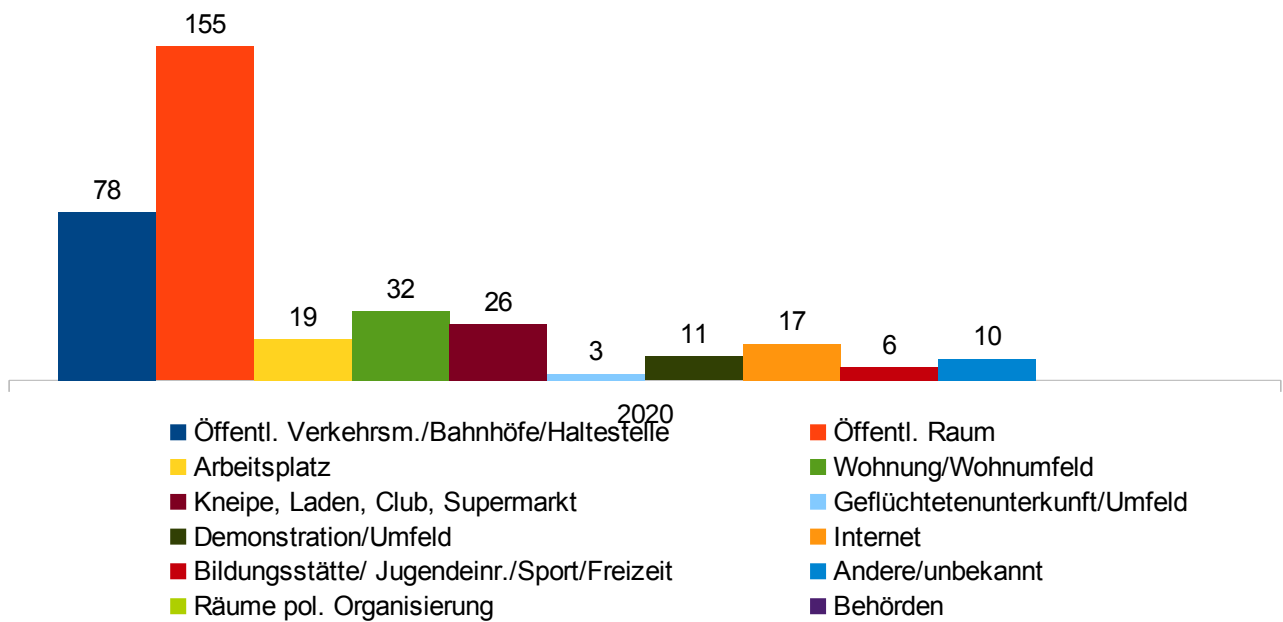
Angriffe in den Bezirken 2019/2020

2019: 390 Angriffe / 2020: 357 Angriffe gesamt



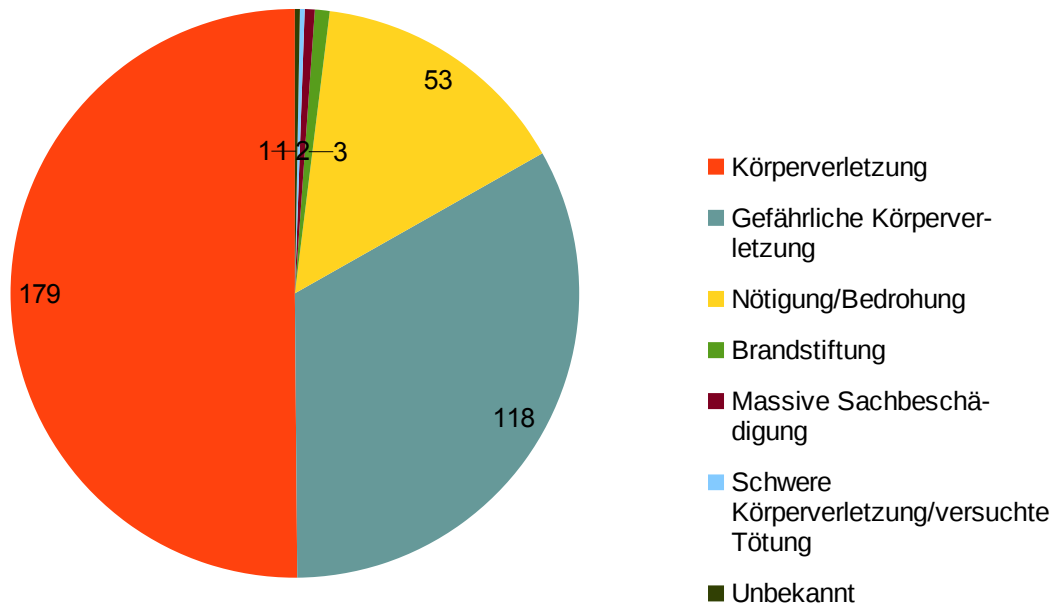
Tatorte in Berlin 2020

gesamt: 357



Straftaten 2020: 357 Angriffe gesamt

493 direkt Betroffene



ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut ist die Berliner Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohungen in Berlin. Auch Angehörige und Freund*innen der Opfer und Zeug*innen eines Angriffs finden bei uns Unterstützung.

ReachOut berät auch Opfer von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt.

In der Beratung orientiert sich ReachOut an den Bedürfnissen der Betroffenen. Jeder Schritt, jede Handlungsmöglichkeit wird gemeinsam mit den Ratsuchenden besprochen. Nichts geschieht ohne deren Einverständnis.

Die Beratungen sind kostenlos und parteilich für die Betroffenen. Vertraulichkeit und auf Wunsch Anonymität sind dabei selbstverständlich.

Die Mitarbeiter*innen von ReachOut recherchieren, dokumentieren und veröffentlichen Angriffe mit rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund.

Das Projekt bietet außerdem rassismuskritische und empowernde Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an.

Immer stehen die Situation und die Perspektiven der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

Kontakt:

www.reachoutberlin.de

ReachOut, Beusselstr. 35, Hinterhaus, 10553 Berlin,

030-695 68 339

info@reachoutberlin.de

beratung@reachoutberlin.de

bildung@reachoutberlin.de

Handout zum Input

Formen und Auswirkungen Anti-asiatischer Rassismus während und jenseits der Covid 19 Pandemie

Toan Nguyen

Anti-asiatischer Rassismus ist – trotz einer Zunahme im Laufe der Covid 19 Pandemie – kein neues gesellschaftliches Phänomen. Lange bereits zirkulierende und permanent erneuerte gesellschaftliche und mediale Projektionen (wie z.B. Model-Minority Mythos, Projektion der „gelben Gefahr“) resultieren in rassistischen Diskriminierungen von asiatischen bzw. asiatisch gelesenen Menschen in verschiedenen Bereichen, wie Bildung, Gesundheit, Arbeit oder öffentlicher Sektor. Gerade die Covid 19 Pandemie hat die Anzahl der rassistischen Diskriminierung erhöht – auch in Form von verbalen und körperlichen Übergriffen.

Ein Ausmaß ist während der Pandemie erreicht worden, so dass asiatisch, asiatisch gelesene oder asiatisch-deutsche Menschen massive(re) Einschnitte in ihrem Alltag erlebten, da sie gerade in Nahbereichen, wie Wohnen/ Nachbarschaften, öffentliche Fahrten, Arbeitsorte oder Dienstleistungen erhebliche und erschreckende Rassismuserfahrungen machten. Sowohl in Deutschland als auch international häuften sich infolgedessen die medialen Berichte.

Anti-asiatischer Rassismus hat allerdings auch in Deutschland eine historische und strukturelle Komponente, die mindestens bis ins Ende des 19. Jahrhunderts/ Anfang des 20. Jahrhunderts reicht (z.B. dt. Kolonie in der Bucht von Kiautschou/ Niederschlagung des Boxeraufstands) und auch in der jüngeren Vergangenheit (z.B. Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992) sichtbar war.

Zunehmend bestehen Vereine, NGOs, grassroots Initiativen, die sich gegen anti-asiatischen Rassismus in Deutschland wenden und Empowerment fokussieren.

Weiterführende Quellen:

<https://www.kororientation.de/corona-rassismus-medien/>

<https://www.ichbinkeinvirus.org/>

<https://www.instagram.com/tiger.riots/>

<https://www.migazin.de/2020/12/08/corona-antiasiatischer-rassismus-in-deutschland/>

<https://www.belltower.news/dokumentation-corona-rassismus-97895/>



BASTA – wir haben genug. Eine Gruppe von Bürger*innen setzt sich für die Aufklärung rechter Straftaten – insbesondere in Britz / Neukölln – ein.

c/o Karin Wüst, 01773415015

02.03.2021

Offener Brief an
Kommission Neukölln
Frau Leichsenring & Dr. Diemer
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstraße 47
10179 Berlin

Nachrichtlich an

1. Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung
2. Ausschusses für Verfassungs-und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung
3. Herrn Innensenator Geisel
4. Herrn Justizsenator Dr. Behrendt
5. Presse; Initiativen

Bewertung des Zwischenberichts vom Februar 2021 der Kommission zur Überprüfung der bisherigen Ermittlungsmaßnahmen zur Aufklärung der rechtsmotivierten Straftatenserie in Neukölln (Kommission Neukölln) durch die Initiative BASTA. Basis ist der Prüfauftrag der Kommission gemäß Senatsvorlage Nr. S-3711/2020

Sehr geehrte Frau Leichsenring, sehr geehrter Herr Dr. Diemer,

ihre Auftraggeber (Innen- und Justizsenator) haben Ihnen sieben Fragenkomplexe mit dem Auftrag zur Prüfung/Beantwortung übergeben. Die Fragen sind eindeutig formuliert – lassen wenig Raum für Umdeutung.

Aber für die Expertenkommission unter ihrer Leitung sind die Fragen offensichtlich gar nicht von Bedeutung – sie werden nicht beantwortet. Sie deuten ihren Auftrag vielmehr dahingehend um, dass das Vertrauen in staatliche Einrichtungen wiederherzustellen ist. Die eigentlichen Probleme sind von Ihnen schnell identifiziert:

- **Die Presse manipuliert** – stellt Hypothesen auf, Polizist*innen und Rechtsextreme werden vorverurteilt; Vermutungen werden als feststehende Tatsachen präsentiert.
- **Initiativen und Geschädigte** glauben den Behauptungen in der Presse und verlieren dadurch das Vertrauen zu den Ermittlungsbehörden; glaubt uns – nicht der Presse
- Einzel betrachtet, handelt es sich um „**nicht so schwere Sachbeschädigungen**“ – alles nicht so schlimm.
- Gestörte **Kommunikation** zwischen Ermittlungsbehörden, Geschädigten und Initiativen sind das eigentliche Problem.

Eigene Ermittlungen/Bewertungen hält die Expertenkommission für nicht erforderlich – der Abschlussbericht der BAO Fokus ist ausgezeichnet – es gibt keine Anhaltspunkte für Beschönigung oder Versäumnisse. Die Berichte der Arbeitsgruppe BAO FOKUS werden ungeprüft übernommen. Die Ermittlungsbehörden haben gute Arbeit geleistet.

Lösungsvorschläge der Expertenkommission:

- Gespräche mit Geschädigten und Initiativen – aber nicht mit allen. Gespräche mit Initiativen und Geschädigten, die immer wieder die Offenlegung der rechten Strukturen in den Ermittlungsbehörden fordern, werden nicht geführt.
- Einbeziehung **ausgewählter** Betroffener in die Präventionsarbeit der Polizei – aber nur dann, wenn die Strafverfolgung dadurch nicht gefährdet wird.

Der Zwischenbericht vom 21.02.2021 ist ein Schlag ins Gesicht für Engagierte, Geschädigte, Initiativen und die Presse. Er sagt uns, NAZIS haben nichts zu befürchten; Engagement gegen rechten Terror lohnt sich nicht. Unser Anliegen wird nicht ernst genommen – oder anders gesagt, es gibt dieses Anliegen gar nicht. Man hält uns offensichtlich für naiv und psychisch belastet. Wir können Hypothesen nicht von Tatsachen unterscheiden. Wir glauben der Presse mehr als den Expert*innen der Polizei.

Die Expertenkommission hat folgende Tatsachen übersehen:

- Die rechtsextremen Straftaten in Neukölln begannen lange vor 2014.
- Wir von BASTA demonstrieren seit dem 02.05.2019 jeden Donnerstag von 8:00 bis 10:00 Uhr vor dem LKA. Wir sind weder naiv noch psychisch belastet.
- Die unzähligen Versuche von BASTA mit den Ermittlungsbehörden (Polizeipräsidentin; Staatsanwaltschaft; Verfassungsschutz; Resin; Fokus; Staatsschutz) ins Gespräch zu kommen, endeten immer damit: „Aus ermittlungstechnischen Gründen können wir keine Auskunft geben“. Interesse besteht nur an den Aktivitäten und dem Wissen von BASTA. Eine einseitige Kommunikation. Die Expertenkommission ist unserer Einladung bisher nicht gefolgt.
- Ein uniformierter Polizist erklärt BASTA bei der DEMO vor dem LKA seine Sicht zu Straftaten durch Rechte. In dieser Rede hat er rechte Gewalt und Rassismus verherrlicht. Viele, mit hoher Wahrscheinlichkeit Kolleg*innen, hören zu; niemand greift ein. Die Staatsanwaltschaft stellt fest: Es liegt keine Volksverhetzung vor. Der Ausgang des eingeleiteten Disziplinarverfahrens ist BASTA nicht bekannt.
Der Fall wird von den Expert*innen nicht erwähnt. Befand er sich etwa auf den vielen nicht gelesenen Seiten?
- Rechtsradikale Äußerungen von Polizist*innen in Chats.
- Durch die Medien und den Druck der Engagierten wurden die sogenannten Einzelfälle der rechtsextremen Vorfälle in den Ermittlungsbehörden aufgedeckt.
Einzelfall + Einzelfall + Einzelfall + Einzelfall + Einzelfall = System. Es muss von rechtsextremen Strukturen in den Berliner Ermittlungsbehörden ausgegangen werden.
- Eine interne Prüfung bringt nichts: Der TÜV prüft den TÜV und erteilt die TÜV-Prüfplakette.
- In Neukölln agiert eine terroristische Vereinigung. Mindestens drei bekannte Nazis sind auf freiem Fuß.
- 72 Straftaten sind bisher nicht aufgeklärt.

Wir fordern den Innen- und den Justizsenator auf, darauf zu drängen, dass die Expertenkommission den erteilten Auftrag erledigt und nicht die Rolle einer Vermittlerin einnimmt.

Wir sind nicht naiv – wir lassen uns nicht entmutigen – wir machen weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Wüst im Auftrag der Bürgerinitiative BASTA